

Bezirksamt Spandau von Berlin
Abteilung Jugend und Gesundheit
Gesundheitsamt
Sozialpsychiatrischer Dienst



Informationen zum Datenschutz (gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung [DSGVO])

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Sie selbst oder Kontaktpersonen* von Ihnen haben sich an das Gesundheitsamt gewandt. Dabei erheben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ihnen bzw. über Sie Daten und speichern diese, wie z. B. in einer Arztpraxis.

Im Folgenden erhalten Sie deshalb Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten im Gesundheitsamt gemäß EU-DSGVO.

(<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32016R0679>)

Name und Anschrift der Verantwortlichen im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung

Bezirksamt Spandau von Berlin
vertreten durch die Stadträtin Tanja Franzke
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin
E-Mail: jugendundgesundheit@ba-spandau.berlin.de

Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten des Bezirks

E-Mail: datenschutz@ba-spandau.berlin.de

Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung der Daten (z. B. festgestellte Symptome, Diagnosen, Ihre Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztliche Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung) erfolgt in Form einer Papier-Akte, teilweise auch elektronisch. Es erfolgt eine Archivierung der hier eingehenden Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen, Bescheide).

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nach denen das Gesundheitsamt tätig wird, insbesondere: Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG insb. §§ 1, 7 und 8), Sozialgesetzbuch (SGB I, SGB II, SGB V, SGB IX, SGB X, SGB XI und SGB XII), Betreuungsrecht im BGB, insb. §§ 1896 ff und Berliner „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)“.

Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages an Dritte (z. B. das Sozialamt oder Ihren behandelnden Arzt) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z.B. Gefahrensituationen/PsychKG) dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden (Artikel 23 DSGVO).

Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung dient der Erfüllung bestimmter gesetzlicher Zwecke. Die Zwecke ergeben sich aus unterschiedlichen Gesetzen und umfassen vor allem:

- die Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitshilfe für Erwachsene (§§ 1, 7, 8 GDG)
- die Abgabe fachgutachterlicher Stellungnahmen gegenüber Dritten (§ 6 PsychKG)
- die einleitende Koordination von Maßnahmen zum Schutz vor Fremd- oder Eigengefährdung (§§ 6, 22 PsychKG)
- die Durchführung von Unterbringungen (§§ 23, 24, 25 PsychKG)

Die erhobenen Daten dienen Ihrer Versorgung im Gesundheits- und/ oder Sozialbereich.

Dauer der Speicherung

Die hier verarbeiteten Daten werden anhand der o.g. gesetzlichen Regelungen nach Abschluss der Bearbeitung im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes 10 Jahre (§ 630 f BGB) bzw. 30 Jahre (§ 101 PsychKG Berlin) aufbewahrt und anschließend gelöscht bzw. vernichtet.

Betroffenenrechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, stehen Ihnen als Betroffener folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft von dem Verantwortlichen zu verlangen, ob dieser personenbezogene Daten verarbeitet, die Sie betreffen. Wenn das der Fall sein sollte, erhalten Sie nach Maßgabe von Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung auch nähere Auskünfte zu den vorhandenen personenbezogenen Daten.

Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch

(Artikel 16, 17, 18, 21 DSGVO)

Sie haben entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen das Recht, die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten sowie deren Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Zudem können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung erheben.

Widerruf einer Einwilligung (Artikel 7 Absatz 3 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Mit Zugang des Widerrufs werden die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)

Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der

Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Tel. (030) 13889-0

Fax (030) 2155050

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

*Kontaktpersonen können unter anderem sein: Angehörige, Freunde, gesetzliche Betreuer, Personen aus Ihrem Wohn- und Betreuungsumfeld, Vermieter, Mitarbeiter_innen von: Arztpraxen, Kliniken, Polizei, Gerichte und Behörden (z.B. Sozialamt, Träger der Eingliederungshilfe, JobCenter)